

Liebe Leserin, lieber Leser,

in der letzten Sitzung dieser außergewöhnlichen 20. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, welche maßgeblich geprägt war vom russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, dem Terrorangriff der Hamas auf Israel, dem Aus der Ampel-Regierung und zuletzt dem historischen und politischen Tabubruch der CDU/CSU, debattierten die Abgeordneten gestern zur Situation in Deutschland.

Bundeskanzler Olaf Scholz machte in seiner Rede deutlich, wie er und die SPD die Herausforderungen in Deutschland lösen wollen. Mit Antworten aus der Mitte für die Mitte. Lösungen, die Wohlstand sichern, Wachstum und Arbeitsplätze schaffen, unsere Sicherheit stärken und die Gesellschaft zusammenführen:

Wir investieren kräftig, damit unsere Wirtschaft endlich wieder stärker wächst und Arbeitsplätze gesichert werden.

Wir erhöhen den Mindestlohn auf 15 Euro. Wir senken die Einkommensteuer für die breite Mitte und die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel. Wir entfristen die Mietpreisbremse und gehen gegen explodierende Mieten vor. Wir deckeln die Pflegekosten. Und wir sichern ein stabiles Rentenniveau.

Wir setzen Recht und Ordnung in der Migrationspolitik weiter durch. Was der Sicherheit Deutschlands dient, wird gemacht — ohne die Menschenwürde zu verletzen und ohne unsere Partner in Europa vor den Kopf zu stoßen. Wir stehen zum Recht auf Asyl. Und wir bleiben offen für die dringend benötigten Arbeitskräfte aus dem Ausland. Wir stärken unsere Bundeswehr. Wir unterstützen die Ukraine. Und wir agieren besonnen, damit der Frieden in Europa und Deutschland nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt wird.

Wir machen keine gemeinsame Sache mit der AfD. Auch eine Zusammenarbeit der Konservativen mit den Rechtsextremen, wie es sie in vielen Ländern Europas bereits gibt, müssen wir in Deutschland verhindern. Daher werden wir immer mit aller Kraft für Lösungen und Kompromisse in der demokratischen Mitte kämpfen.

Zum Schluss dieser Sitzung war es mir als Bundestagspräsidentin wichtig, nochmals darauf hinzuweisen, dass mir die zunehmende Verrohung in unserer Gesellschaft Sorgen bereitet. Politische Auseinandersetzungen oder Diskussionen müssen wir mit Respekt und Achtung vor der Meinung der anderen führen – in den Parlamenten, am Arbeitsplatz oder in der Familie. Wir müssen miteinander im Gespräch bleiben – sonst wird es schwierig mit dem Kompromiss, auf den es am Ende ankommt.

Abschließend möchte ich alle Bürgerinnen und Bürger dazu aufrufen, bei der kommenden Bundestagswahl ihre Stimme abzugeben. Machen Sie von Ihrem demokratischen Grundrecht Gebrauch! Ich bin der festen Überzeugung: Unsere freiheitliche Demokratie kann für die meisten Probleme der Menschen Lösungen finden. Dieses Land hat schon viele Herausforderungen erfolgreich gemeistert. Das sollte uns zuversichtlich stimmen.

Herzliche Grüße Bärbel Bas





Bundeskanzler Olaf Scholz zu Besuch bei Thyssenkrupp Steel



Stahl ist Zukunft! Das hat Bundeskanzler Olaf Scholz bei seinem Besuch bei Thyssenkrupp Steel Anfang Februar deutlich gemacht. Nach der Werksbesichtigung stellte sich der Bundeskanzler den vielfältigen Fragen der Beschäftigten. Ganz klar ist: Als SPD kämpfen wir an der Seite der Beschäftigten und des Betriebsrates für den Erhalt der Arbeitsplätze und eine nachhaltige Zukunft der Stahlindustrie in Duisburg und Deutschland.



Unternehmensbesuch mit Lars Klingbeil bei Krankikom

Ein modernes, offenes Büro, das Zusammenarbeit fördert. Ein Arbeitsumfeld, das die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wirklich ermöglicht. Strukturen, die den Menschen in den Mittelpunkt stellen.

Bei unserem Besuch mit dem Bundesparteivorsitzenden Lars Klingbeil gemeinsam mit Mahmut Özdemir und Sarah Philipp konnten wir sehen, wie wichtig es ist, dass Unternehmen sich für ihre Mitarbeitenden engagieren.

Gute Arbeit bedeutet nicht nur faire Löhne, sondern auch ein Umfeld, in dem sich Menschen entfalten können. Politik kann dabei die richtigen Anreize setzen, aber es braucht auch Arbeitgeber, die zeigen, dass Erfolg und soziale Verantwortung zusammengehören.

Danke an Krankikom für die spannende Diskussion über die Zukunft der Arbeitswelt!





Politikpanel des Unternehmerverbands



Unsere Wirtschaft muss wieder wachsen – aber so, dass der Aufschwung bei allen ankommt. Dafür setzen wir auf gezielte Investitionen in Bildung, Innovation, Digitalisierung und unsere Infrastruktur.

Beim Politikpanel des Unternehmerverbands Wirtschaft für Duisburg ging es um genau diese Fragen. Im Austausch mit den Wirtschaftsvertreterinnen und -vertretern und Felix Banaszak, Caroline Bosbach und Bernd Reuther wurde deutlich: Unternehmen brauchen mehr Planungssicherheit, weniger Bürokratie und gezielte Investitionen.

Wir in der SPD wollen deshalb Stromkosten senken und Bürokratie abbauen. Gedeckelte Netzentgelte entlasten Unternehmen und Privatpersonen gleichermaßen. Gleichzeitig müssen Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich schneller werden — so stecken Innovationen nicht jahrelang in der Warteschleife, sondern machen Deutschland fit für die Zukunft.

Vielen Dank für die Einladung und die großartige Organisation an die Unternehmerverbandsgruppe.



Jugendwahlarena



Junge Menschen sind nicht nur die Zukunft, sondern auch die Gegenwart unserer Demokratie. Sie verdienen eine starke Stimme in politischen Entscheidungen — das habe ich bei der Jugendwahlarena klargemacht.

Wir als SPD setzen uns dafür ein, Kinderrechte endlich im Grundgesetz zu verankern, um ihren Schutz, ihre Beteiligung und ihre Förderung sicherzustellen. Junge Menschen sollen mitentscheiden können. Deshalb wollen wir das aktive Wahlalter auf 16 Jahre senken. Auch darüber hinaus wollen wir Ihre politische Beteiligung stärken — in Jugendhilfeausschüssen, in Jugendparlamenten und in Verbänden, die ihre Interessen vertreten.

Gerade in Schulen muss Demokratie gelebt werden. Kinder und Jugendliche sollten mitgestalten können, was ihre Schulgemeinschaft, ihre Lernprozesse und Lerninhalte betrifft. Wer früh erfährt, dass seine Stimme zählt, entwickelt Vertrauen in unsere Demokratie.



Mein Tagebuch

Nach dem politischen und historischen Tabubruch der CDU/CSU sind viele Menschen aus Sorge um unsere Demokratie bundesweit auf die Straße gegangen und haben demonstriert. Auch bei uns in Duisburg. Auch mich treibt die Sorge um den Erhalt unserer Demokratie und unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts um. Deshalb war es mir sehr wichtig, gemeinsam mit vielen anderen Duisburgerinnen und Duisburgern beim Lichtermeer gegen rechts am vergangenen Samstag Haltung und Gesicht zu zeigen.



Das Bündnis für Toleranz und Zivilcourage ruft zur Teilnahme am Lichtermeer für Demokratie und gegen den Rechtsruck am Freitag, 14. Februar, um 18 Uhr um den Duisburger Innenhafen auf. Lassen Sie uns gemeinsam erneut ein starkes Zeichen setzen für den Erhalt unserer freiheitlichen Demokratie und unseres solidarischen Miteinanders in unserer Stadt und unserem Land. Unsere Demokratie ist mehr denn je auf eine lautstarke und lebendige Zivilgesellschaft angewiesen, die sie mit Leben füllt und gegen Angriffe verteidigt. Dazu gehören auch die vielen ehrenamtlichen Engagierten, die diesen Winterwahlkampf möglich machen. Für Euren großartigen Einsatz danke ich Euch von Herzen.



Liebe Duisburgerinnen und Duisburger, Sie können sich darauf verlassen, dass ich mich immer für unsere Stadt einsetzen werde — für die Wirtschaft, für die Arbeitsplätze. Deshalb bitte ich Sie bei der Bundestagswahl am 23. Februar um Ihre Stimme für die SPD und für mich.

Bis zum nächsten Mal, ich freue mich drauf!

Impressum und Kontakt

V.i.S.d.P.:

Bärbel Bas, MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/227-75607, Fax: 030/227-76607 baerbel.bas@bundestag.de, www.baerbelbas.de

Meine Datenschutzerklärung finden Sie hier: https://www.baerbelbas.de/kontakt/datenschutz.html.

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr bekommen möchten, können Sie sich hier jederzeit abmelden: https://www.baerbelbas.de/medien/newsletter-abo.html

Neues zum Schluss